



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

I/IX/88 - 15.4.1954
Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 039 890

Bundesfinanzminister Schäffer und die Länder	S. 1
Titos Staatsbesuch in der Türkei	S. 3
Zur Diskussion um die Kinderbeihilfe	S. 4

Auf der Mohrensuche

sp Den Bundesfinanzminister haben die Beschlüsse des Bundesrates, der Schäffers Vorschläge zur zweiten Tarifreform sozusagen am Boden zerstörte, nicht ruhen lassen. Noch vor Ostern führte er schweres Geschütz ins Treffen; mangelnde Bundestreue, fehlende Solidarität der reichen zu den armen Ländern und wenig ausgeprägte Opferbereitschaft der Länder waren die Vorwürfe, die an die Adresse des Bundesrates gerichtet wurden.

Dazu wurde ein Brillantfeuerwerk von Zahlen abgebrannt, mit dem wir uns nicht beschäftigen wollen, denn diese Zahlen sind unseriös. Die Methode, je nach Bedarf den Bund als Bettelmann oder als Krösus darzustellen, so wenn man beispielsweise 10 Milliarden M "Verteidigungsbeitrag" ohne jede Steuererhöhung tragen will, sind vielleicht beim orientalischen Teppichhandel, aber nicht in der deutschen Finanzpolitik anzuwenden. Artistische Geschicklichkeit hingegen ist Schäffer auch diesmal wieder nicht abzusprechen, denn das Ziel seiner publizistischen Kampagne, zu der die Pressekonferenz wohl den Auftakt gab, ist es, die Länder in den Augen der Steuerzahler als den schwarzen Mann darzustellen, der die Erleichterungen verweigert, während er, Schäffer, in der Rolle des verhinderten Gönners erscheinen möchte. Wahrhaftig, nicht ungeschickt, den Steuerzahler von der schlechten Tarifreform an sich abzulenken.

Wir wollen die Diskussionen zwischen Bund und Ländern nicht mit neuen Argumenten vertiefen. Unbestreitbar aber ist, das kann man mit exakten Zahlen nachweisen, daß Schäffer seine zweite Tarifreform auf Kosten der Länder durchführen will mit dem Ziel, selber nichts einzubüßen, sondern im Gegenteil noch ein Geschäft dabei zu machen. Es ist das gute Recht der Länder, sich dagegen zu wehren, wenn auch auf dieser Seite allerdings über das Ziel hinausgeschossen wird.

Doch für den Steuerzahler ist dieses Tauziehen nicht das Wichtige. Für ihn muss nach wie vor der Inhalt der Tarifreform trotz aller Mehrenmanöver im Vordergrund stehen. Und diese Tarifreform ist schlecht und unsozial und übertrifft die erste höchstens darin. Festzuhalten bleibt:

1. Die Mark- und Pfennig-Vergünstigungen für die kleinen Einkommensbezieher werden sich in den meisten Fällen nicht oder kaum auswirken, da die Übergrosse Mehrheit der Steuerermässigungen als Vertriebene, Flüchtling, Bombenopfer, Spätheimkehrer usw. verlustig gehen. Nicht wenige werden es sein, die draufzahlen müssen.
2. Die mittleren Einkommen werden durch die zweite Tarifreform kaum etwas haben, weil hier die geringsten Ermässigungen vorgesehen sind.
3. Durch Erhöhung der Umsatzsteuer auf der Großhandelsstufe, die abgewälzt werden wird, geht ein grosser Teil der Steuervergünstigungen durch Preiserhöhungen wieder verloren. Ganz unabhängig davon muss man die Tarifreform auch in Zusammenhang mit den allgemeinen Preissteigerungen sehen. Die Verteuerung der Hausbrandkohle allein dürfte bei Millionen die Steuervergünstigungen wieder aufheben.
4. Durch Eingruppierung der mitarbeitenden Ehefrauen in die Steuerklasse I werden vor allem die Bevölkerungskreise bestraft, die nicht in der Lage sind, mit einem Einkommen einen Haushalt zu gründen und ihren Unterhalt zu bestreiten.
5. Die einzigen Nutznießer der Steuerreform Schäffers sind die großen Einkommen und die großen Kapitalgesellschaften, die schon bei der ersten Tarifreform den Löwenanteil erhielten.

In diesem Zusammenhang gesehen, sind die Vorschläge des Bundesrates zum Teil durchaus zu begrüßen, denn sie wollen die unsoziale Erhöhung der Umsatzsteuer gestrichen wissen, sie lehnen die gefährliche Ergänzungsabgabe für 1954 ab. Die Tarifstaffelung, die der Bundesrat vorschlägt, ist zwar auch nicht der sozialen Weisheit letzter Schluss, aber der kleine Mann würde bei dieser Tarifstaffelung doch ein wenig mehr erhalten, als durch die Schäfferschen Vorschläge.

Es wird in der nächsten Zeit an Versuchen des Bundesfinanzministeriums nicht fehlen, den Konflikt mit den Ländern zu dramatisieren. Es ist sicherlich ein ernstes Anliegen, aber man sollte darüber hinaus nicht übersehen, daß es in erster Linie um eine unsoziale Steuerreform geht, die es zu bekämpfen gilt.

Freundschaftsbande fester geknüpft
Von einem gelegentlichen Mitarbeiter

Der türkische Staatsbesuch des jugoslawischen Staatschefs, Marschall Tito, steht im Schatten grösserer, die Aufmerksamkeit beanspruchender Ereignisse, auch sind besondere sensationelle Ergebnisse wohl kaum zu erwarten.

Ein Jahr ist vergangen, seit in Ankara der Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen der Türkei, Griechenland und Jugoslawien unterzeichnet wurde. Dieses Dreierabkommen, dessen Ziel die Vereitelung einer jeden militärischen Aktion irgendeiner der Sowjetsatelliten ist, hat sich erstaunlich gut bewährt. Die Vertragspartner beschränkten sich von vornherein bei voller Wahrung ihrer Souveränität und Gleichberechtigung auf begrenzte, durch gemeinsame Interessen bedingte Ziele.

Dabei nimmt Jugoslawien innerhalb dieses Dreierpaktes eine besondere Stellung ein. Es ist nicht, wie Griechenland und die Türkei, dem Atlantik-Pakt angeschlossen. Es hält sich aus dem West-Ost-Konflikt heraus, ohne im eigentlichen Sinne neutral zu sein und ohne dass die Zusammenarbeit mit Athen und Ankara darunter leidet. Gerade die Rücksichtnahme auf die Lage Jugoslawiens gibt dem Abkommen eine solide Grundlage und eine für die Zukunft reichende unbestrittene Gültigkeit. Ein Blick auf die Landkarte läßt die große militärische Bedeutung dieses Paktes von drei Völkern erkennen. Alle drei Länder versperrten der Sowjetunion den heißersehnten Zugang zum Mittelmeer und nehmen der freien Welt die Sorge der Verteidigung in diesem Teil der Erde ab. Ständige Generalstabsbesprechungen erinnern Moskau und seine Satelliten recht nachdrücklich daran, in Balkanfragen auf der Stelle zu treten. Es kann auch nicht an der Entschlossenheit und dem Willen der drei Völker zweifeln, ihre Unabhängigkeit zu erhalten und den allgemeinen Frieden zu festigen.

Titos Staatsbesuch in der Türkei, dem ein späterer Besuch in Griechenland folgen soll, wird gewiß die bestehenden Freundschaftsbande noch stärker knüpfen und die politischen, wirtschaftlichen und militärischen Beziehungen noch mehr vertiefen. Sein Besuch ist der Höhepunkt einer Entwicklung, die noch vor wenigen Jahrzehnten undenkbar gewesen wäre. Sie schließt die Epoche ständiger Kriege, an denen sich mit

der erste Weltkrieg entzündete, zwischen diesen Völkern wohl erdgültig ab.

Gewiß hat es im Laufe der Jahrhunderte auf dem Balkan mehr kriegerische Zusammenstöße als etwa zwischen Frankreich und Deutschland gegeben. Diese geschichtliche Bluterbschaft hat aber die Staatsmänner nicht daran gehindert, unter Außerachtlassung aller früheren "Todfeindschaften" eine Koalition einzugehen, ohne sich dabei in nebelhaften Sphären zu verlieren. Belgrad, Athen und Ankara widerlegen die Behauptung, erst eine völlige Verschmelzung von mehreren Staaten biete die Gewähr einer übernationalen Zusammenarbeit. Es geht auch, wie der Dreierpakt beweist, ohne "Integration", ohne supranationale Behörden. Es gibt aber auch, und dies ist das zweite Beispiel, daß dieser Pakt zwischen ideologisch und politisch so grundverschiedenen Staaten gibt, Formen internationaler Abkommen, die es dem einen Partner, nämlich Jugoslawien, gestatten, außerhalb einer größeren Mächtezusammenballung zu bleiben. Niemand wird deshalb seinen Willen und seine Festigkeit in Frage stellen, sich der Bedrohung seiner Unabhängigkeit durch den Ostblock zu erwehren.

+ + +

Familien- oder Bürokraten-Hilfe ?!

NJ. Kinderbeihilfe vom zweiten oder erst vom dritten Kind an, Auszahlung direkt durch den Staat oder durch einen neuen bürokratischen Apparat - daran entzündeten sich die Gemüter. Über die unumgängliche Notwendigkeit einer solchen "Investition in die leibliche Fortexistenz des deutschen Volkes" ist man sich allgemein im Klaren, wenn man auch kaum bezweifeln dürfte, daß damit noch nicht alles getan worden sein wird. Eben wegen dieser Einigkeit aller Parteien im Grundsätzlichen fühlt sich der Beobachter dieses parlamentarischen Streites umso mehr irritiert durch die eigenartige Einstellung, auf der die CDU/CSU-Fraktion, mit ihrer Forderung nach Beihilfe erst vom dritten Kind an und Auszahlung durch ein noch zu gründendes weiteres Verwaltungssystem, anscheinend beharren will.

Die CDU/CSU beruft sich auf einen vergleichsweise niedrigeren Kostenpunkt, als der sich aus den Vorschlägen der SPD ergebende. Abgesehen von der Fragwürdigkeit, eine vom gesamten Bundestag erkannte sittliche Verpflichtung in eine spitzfindige Kostenfragendebatte münden zu lassen, zeigt schon eine flüchtige Betrachtung, daß die echte Kosten-Differenz in Wirklichkeit gar nicht so groß ist, wie die CDU/CSU

heute glauben machen will. Denn der nach Auffassung der CDU/CSU neu zu gründende weitere Verwaltungsapparat, genannt "Familienausgleichskassen", würde allein all das verschlingen, was die SPD dem zweiten Kinde zukommen lassen möchte. Gar nicht zu reden von der neuen bürokratischen Hybris, die sich damit (mit den Familienausgleichskassen) auf Familienväter und Mütter wie ein Alpdrück legen würde. Oder soll mit dem Aufbau eines solchen Systems dem Familienminister ein stärkeres bürokratisches Rückgrat gegeben werden, damit sein umstrittenes Ministerium für alle Zeiten, als zusätzliche Belastung, in der deutschen Regierung verewigt wird?

Das Mißtrauen, das die CDU/CSU in die staatliche Moral und wohl auch Praxis dadurch setzt, daß sie ihm die direkte Verwaltung der für die Kinderbeihilfe zur Verfügung zu stellenden Gelder vorenthalten will, ist wohl am Platz. Ganz abgesehen davon, daß sich alle Parteien prinzipiell zu der ethischen Unumgänglichkeit dieser Sozialleistung bekannten und es kaum vorstellbar ist, wie jemals eine demokratische deutsche Legislative zu einer anderen Überzeugung kommen könnte.

Auch die Anregung der SPD, die Zahlungen direkt durch das zuständige Finanzamt leisten zu lassen, hat neben der Ersparnis an bürokratischem Aufwand noch den psychologischen Vorteil einer Hebung der Steuermoral für sich. Dadurch, daß dem Finanzamt mit den Auszahlungen von Kinderbeihilfen eine Gelegenheit geboten würde, selbst und direkt dem Steuerzahler zu demonstrieren, daß seine Steuergroschen eine sittlich gerechtfertigte und durchaus notwendige Verwendung finden, würde nicht nur die Einsicht des kleinen Mannes in die Zweckmäßigkeit dieser sonst doch keineswegs sehr beliebten staatlichen Einrichtung verstärkt, sondern darüber hinaus auch dem Steuerbeamten eine äußere, sichtbare und daher beispielhafte Grundlage für ein Berufs-Ethos gegeben, was die bisherige "abstrakte" Steuerverwendungsmethode ihm niemals zu bieten vermochte.

Noch viele andere Gründe sprechen für die Annahme der SPD-Vorschläge und für eine Ablehnung der Anträge der CDU/CSU, Ob sich die Bundestagsmehrheit aber schließlich von sachlicher Einsicht wird leiten lassen, ist nach den Erfahrungen auf den verschiedensten Gebieten recht zweifelhaft.